|  |  |
| --- | --- |
| Signatur | StAZH MM 3.203 RRB 1994/0783 |
| Titel | Notrecht zur Bekämpfung der Drogenkriminalität |
| Datum | 16.03.1994 |
| P. | 376 |

[*p. 376*] Die Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich richtete am 12. Dezember 1993 folgendes Schreiben an den Regierungsrat:

In der Region Zürich herrscht eine katastrophale Situation in bezug auf die Kriminalität, insbesondere im Bereich der Drogen und der damit verbundenen schweren Begleitkriminalität. Der Raum Zürich wird zunehmend zum Tummelplatz der internationalen Drogenmafia und zu einer Stätte des Verbrechens. Insbesondere wegen Hunderten von fehlenden Gefängnisplätzen sind die rechtsstaatliche Ordnung und die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung im Kanton Zürich nicht mehr gewährleistet. Schwerste Raubüberfälle, Mordtaten, schwere Körperverletzungen und Verstümmelungen, Diebstähle, Einbrüche und Bedrohungen gehören zur Tagesordnung.

Wesentliche Gründe für diesen Missstand liegen in der völlig verfehlten Drogenpolitik der Stadt Zürich, in der Duldung des Asylrechtsmissbrauchs, in der zu täterfreundlichen Strafgerichtsbarkeit und einem largen Strafvollzug. Die SVP des Kantons Zürich kämpft seit Jahren gegen diese Missstände. Leider wurden ihre Forderungen bis heute nicht in die Praxis umgesetzt. Als Sofortmassnahme drängen sich die Schaffung von Gefängnisplätzen und die Verschärfung des Strafvollzugs auf.

Die internationale Drogenmafia nützt die Tatsache, dass zuwenig Gefängnisplätze vorhanden sind, dass auf Verhaftungen zum Teil verzichtet wird, dass Verhaftete innert weniger Tage unrechtmässig wieder entlassen werden und dass der Asylrechtsmissbrauch nicht konsequent geahndet wird, schamlos aus. Bei der letzte Woche im Kanton Zürich durchgeführten Drogenrazzia wurden 91 Verdächtige festgenommen; davon wurden 69 wieder freigelassen, obwohl für 53 der Verhafteten Haftgründe vorhanden waren.

Die Protokolle der von den Zürcher Untersuchungsbehörden abgehörten Gespräche von Verdächtigen beweisen das katastrophale Ausmass der Zustände mit aller Deutlichkeit. Die Polizei und die Untersuchungsorgane können ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, und der Rechtsstaat wird zunehmend ausgehöhlt. Die Zürcher SVP fordert schon seit Jahren mehr Gefängnisplätze und einen Stopp von Notentlassungen, ein rigoroses Durchgreifen gegen Drogenhändler und gegen den Asylrechtsmissbrauch.

Sie haben als führungs- und handlungsfähige Kantonsregierung immer wieder bewiesen, dass Sie gewillt sind, die Probleme in diesem Kanton zu lösen. Im Kanton Zürich besteht zurzeit in bezug auf die Sicherheit unserer Bevölkerung und in der Bekämpfung der Kriminalität ein Notstand. Wir fordern Sie dringend auf, Notrecht anzuwenden. Die Voraussetzungen für Notrecht sind gegeben, denn in der Region Zürich sind Rechtsgüter nicht nur vereinzelt, sondern seit längerer Zeit, fortgesetzt, in grosser Zahl und in erheblichem Mass nicht nur bedroht, sondern gefährdet und verletzt. Die primäre Aufgabe des Staates ist der Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern Sie deshalb dringend auf, mit Notrecht rasch für genügend Notgefängnisplätze zu sorgen, damit eine rechtsstaatliche Durchführung der Untersuchungen, die Haftbedürfnisse und der anschliessende Strafvollzug wieder gewährleistet sind. Es sind alle dafür zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen.

Sollten die vorhandenen zivilen Mittel nicht ausreichen, muss eine ausserkantonale Verstärkung des Polizeikorps sowie Hilfe von seiten des EMD angefordert werden. Unsere Armee ist in der Lage, in kurzer Zeit Gefängnisplätze zu errichten und Soldaten zur Bewachung zur Verfügung zu stellen. Es gehört zum Auftrag der Armee, die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Im Kanton Zürich ist die öffentliche Sicherheit aufs schwerste gefährdet.

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte, wir bitten Sie dringend, den in der Region Zürich herrschenden Notstand zur Kenntnis zu nehmen und Notrecht anzuwenden, damit die Sicherheit unserer Bevölkerung wieder gewährleistet ist.

Auf Antrag der Direktion der Justiz

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an die Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich:

Sie haben uns mit Schreiben vom 12. Dezember 1993 aufgefordert, mit Notrecht für genügend Gefängnisplätze für die Untersuchungshaft und den anschliessenden Strafvollzug zu sorgen. Falls die vorhandenen zivilen Mittel nicht ausreichten, sei Armeehilfe anzufordern, damit die Armee Gefängnisplätze errichten und Soldaten zur Bewachung zur Verfügung stellen könne.

Der Kantonsrat hat am 17. Januar 1994 Kredite für das Ausschaffungsgefängnis Kloten und die Erweiterung des Bezirksgefängnisses Dielsdorf bewilligt. Mit diesen Projekten werden 131 zusätzliche Gefängnisplätze erstellt. Der Regierungsrat hat am 26. Januar 1994 den Kredit für den Umbau eines Gebäudes der Klinik Rheinau in ein Gefängnisprovisorium mit 38 Plätzen genehmigt und einen Antrag für ein Gefängnisprovisorium der Kantonspolizei mit 100 Plätzen zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die ersten der bewilligten Plätze werden bereits im Laufe dieses Sommers verfügbar sein.

Es ist nicht davon auszugehen, dass mit Hilfe der Armee und bei Beanspruchung von Armeeliegenschaften rascher vorgegangen werden könnte. Abklärungen haben ergeben, dass weder im Kanton noch in einem näheren Umkreis geeignete Armeeliegenschaften vorhanden sind. Damit ist - abgesehen von anderen Problemen, die dieser Weg verursachen würde - keine Möglichkeit für Armeehilfe auf dem baulichen Sektor gegeben.

Zum Einsatz von Soldaten für die Bewachung und zur Anwendung von Notrecht hat der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 392/1993 Stellung genommen. Angesichts dieser Antwort wie auch der Äusserungen von Bundesrat Kaspar Villiger zum Armee-Einsatz im Gefängnisbereich, über die in den Medien berichtet wurde, dürften sich weitere Ausführungen zu diesen beiden Themen erübrigen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Regierungsrates sowie an die Direktion der Justiz und die Staatskanzlei.

[*Transkript: OCR (Überarbeitung: Team TKR)/14.09.2017*]